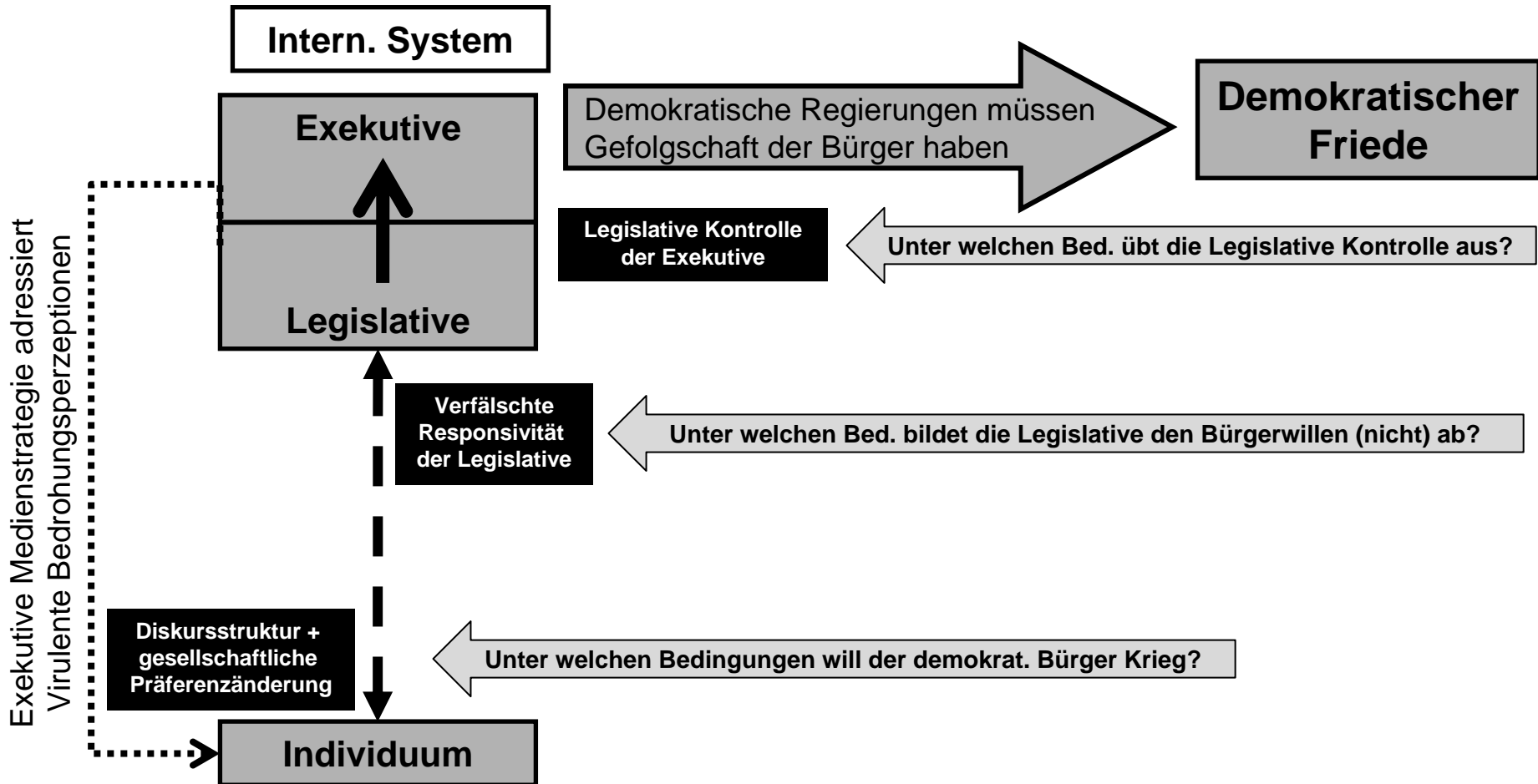

Demokratische Kontrolle von Militäreinsätzen

Zweite Offene Sektionstagung Internationale
Politik der DVPW, Panel E

Darmstadt, Residenzschloss,
13.-14.07. 2007

Bürgerwille und Kriegsneigung in Demokratien



Kommentar Jochen Hils: Manipuliertes Volk

- Würdigung:
 - Sehr saubere, aber komplexe, Zusammenführung von drei Theoriesträngen.
 - Luzide, aber zutreffende Diskussion der Defizite liberaler AP-Theoretiker: Czempiel (normativer bias); Moravcsik (hyper-rationalistischer bias).
- Konstruktive Ergänzungen:
 - Wenn Moravcsiks Liberalismus eingeführt wird, dann sollte auch sein ideeller Liberalismus erwähnt werden. Dieser könnte eine (theorieimmanente) Brücke zu jenen Ansätzen bilden, welche die Präferenzordnung demokratischer Bürger nicht für friedlich oder fixiert halten.
 - Die Diskussion des Irak-Phänomens, dass ein „allgemein erhöhtes Bedrohungsgefühl nach dem 11.09. die bereits vorhandene Gewaltbereitschaft verstärkt habe, Bedarf der weiteren Durchdringung. Hier bieten sich sozial-konstruktivistische Sekuritisierungsansätze an.
 - Die nicht näher ausdifferenzierte „Kultur der Unterordnung“ der US-Legislative ist derzeit wohl unter Druck geraten. Wie lässt sich diese Veränderung der Attitüde der Parteien/Legislative theoretisch fassen?

Kommentar : Geis et al.: Disputing War in Liberal Democracies

- Fragestellung: Untersuchung von drei Antinomien des DF
 1. Die „Neutralisierung“ der angenommenen Friedfertigkeit
 2. Eine „besondere Kriegsneigung“ demokratischer Regime
 3. Die Verhaltensvarianz zwischen Demokratien
- Vorgehensweise: aus liberal-konstruktivistischer Sicht werden legitimatorische Diskurse für Militäreinsätze anhand von sieben „Argumentationsmustern“ (master frames) analysiert, um „Puzzle“ der drei Antinomien aufzulösen.

Systemisch-realistisch	Systemisch-institutionell	Akteursspezifisch
Macht-basiert	Internationales Recht	Identität/Rolle
Allianzmitgliedschaft	Universelle Werte	Demokratie-bezogen
		Feindbilder

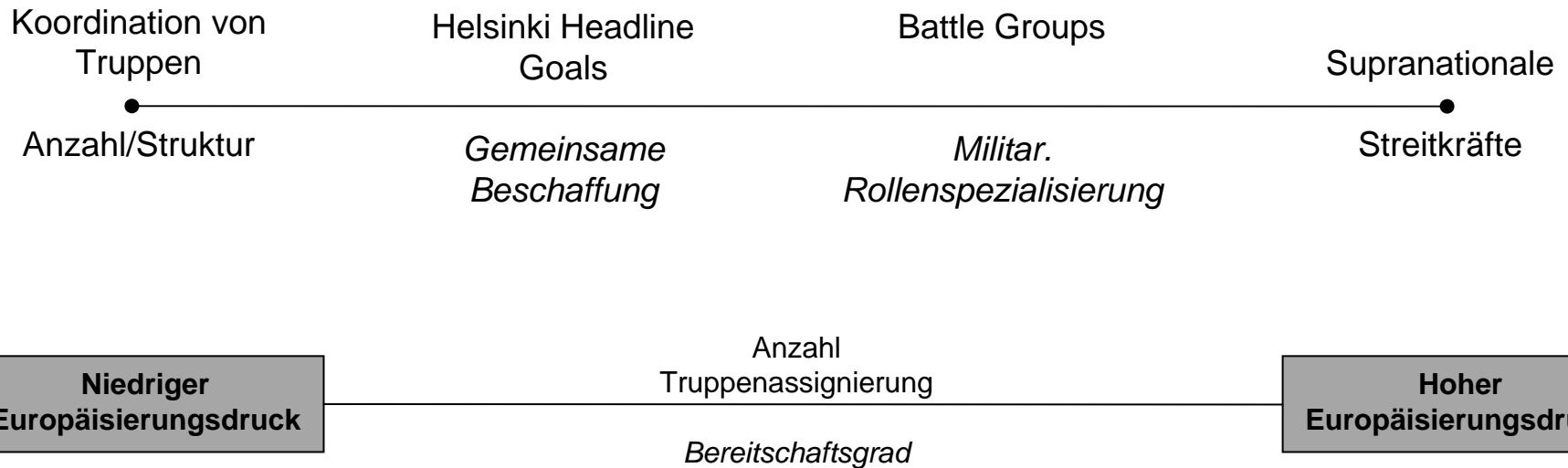
Kommentar : Geis et al.: Disputing War in Liberal Democracies

- Papier knüpft gut an bestehende DK- und liberale konstruktivistische Forschung an
 1. Bestätigt frühere Identitätsstudien, die abweichende Legitimationsmuster fanden (Stahl 2005)
 2. Bestätigt frühere Vergesellschaftungsstudien, die liberale Gruppenin- und exklusionsprozesse (Hegemon, Schurke) mit demokratischen Krieg verbinden (Daase 2004)
- Argumentationsmuster (master frames) sind nicht trennscharf genug
 1. Allianzbasierende Argumente können realistisch oder institutionalistisch aufgeladen sein
 2. Rollenerwartungen „bündeln“ sich regelmäßig in Int. Organisationen oder Völkerrecht
- Vorschlag: sozialkonstruktivistische Interpretation konsequent(er) fortführen
 1. Es ist plausibel anzunehmen, dass sich Rollen/Identitäten wandeln (USA), wenn sich materielle Grundlagen (Suprematie) oder gesellschaftliche Erwartungen (Schutz nach 9/11) ändern.
 2. Es ist plausibel anzunehmen, dass das „Feind- und Schurkenstaatsdiskurselement“ in der Bundesrepublik zumindest ambivalent auftritt, weil a) die BR selbst „geläuterter Feindstaat“ ist und b) die bisherigen Versuche, die eigene Feindstaatenvergangenheit umzudeuten (Auschwitz-Vergleich in der Kosovo-Debatte), noch starken Widerspruch hervorriefen.

Kommentar: Wagner, The Democratic Deficit of ESDP

- Argument: Die Haltung, die demokratische Kontrolle der ESVP stelle kein Problem dar, weil diese intergouvernemental sei und bleibe und am niedrigeren Standard etablierter Demokratien gemessen werden müssen ist fehlerhaft.
 - Europäisierung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik führt zu demokratischem Defizit, weil die wachsende militärische Integration den Druck auf zögerliche Staaten einen Truppenbeitrag auch ohne mehrheitliche Zustimmung „zu Hause“ erhöht.
- Vorgehensweise:
- Diskussion der Literatur zum demokratischen Defizit der ESVP.
 - Die zunehmende militärische Integration erhöht den Preis der legislativen Verweigerung, u.a. indem die Fähigkeit zur Adressierung binnenstaatlicher Bedenken (caveats) eingeschränkt wird.
- Diskussion der Literatur zum DF und der „Democratic Distinctiveness“

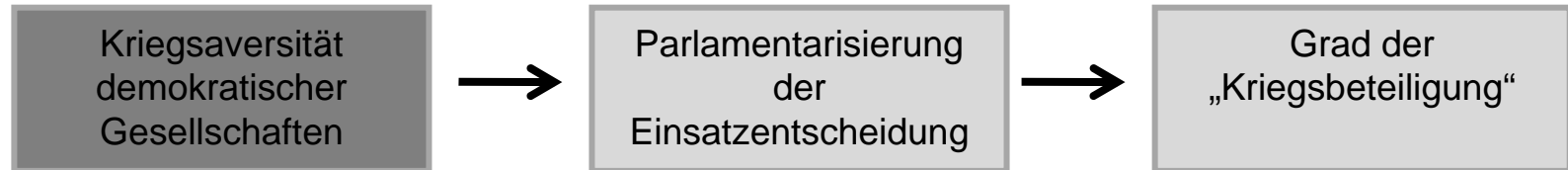
Kommentar: Wagner, The Democratic Deficit of ESDP



Kommentar: Wagner, The Democratic Deficit of ESDP

- Sehr gute und solide Argumentationsführung und Literaturschau.
- Das Argument ist plausibel, allein der empirische Nachweis fehlt!
 - „The net effect of Europeanization of security and defense is therefore difficult to calculate.“ (19)
- Ergänzende und entgegengesetzte Argumente:
 1. NATO/ESVP-Arbeitsteilung: ESVP-Truppen werden überwiegend eingesetzt, wenn die NATO/USA nicht handelt. Da diese militärisch auf Verbündete kaum angewiesen ist, ist der NATO-Isierungsdruck gering und der abgeleitete Europäisierungsdruck überschaubar.
 2. Militärische Intervention der EU-Staaten werden abnehmen, weil
 1. in der wachsenden Anzahl asymmetrischer Konflikte die militärische Überlegenheit von Demokratien immer weniger zum Tragen kommt
 2. Weil multilaterale Militärverbände, aufgrund unterschiedlicher Wehrkulturen, weniger effektiv sind als nationale Verbände.
 3. Europäisierungsdruck erzeugt Gegenbewegung: BT-Kongo-Debatte: Die wachsende Anzahl von Stimmen in der CDU/CSU-Fraktion, die eine Entsendung von „nationalen Interessen“, in Abgrenzung zu europäischen/französischen, weist daraufhin, dass die Europäisierung von Diskursen/Handlungen keineswegs unumkehrbar ist.

Kommentar: Dietrich et al: Vom parlamentarischen zum demokratischen Frieden?



-
- Sehr gutes in DF- und Parlamentarismusforschung eingebettetes Design.
 - Kritik:
 1. Best case selection, weil die Responsivität, aufgrund der allg. hohen gesellschaftlichen Ablehnung, ebenfalls hoch sein wird (vgl. Hils-Papier).
 2. Parlamentarisierungsthese verkürzt den „Demokratiebegriff“ auf institutionelle Merkmale.
 1. Defizit zeigt sich bei der Einbindung von Neutralität und anderen normativ-kulturellen Faktoren.
 2. Defizit zeigt sich in der mangelnden Erfassung institutionellen Wandels z. B. bei der Parlamentsbeteiligung (GB), die eine Veränderung von Institutionen aufgrund gescheiterter policies nahelegt.
 3. Parlamentarisierungsthese überzeichnet die interne prozedurale Normbindung, denn im Process Tracing könnte sich zeigen, dass die (Nicht-) Aufforderung der USA entscheidender für das Ausmaß der Beteiligung sein könnte.

Ressourcenbasierter demokratischer Vergesellschaftungseffekt

Tabelle 5: Parlamentarische Macht in Fragen militärischer Gewaltanwendung und die Beteiligung am Irakkrieg 2003

paks Typologie zum Grad der Kriegsbeteiligung am Irakkrieg von März bis Mai 2003	paks Typologie zur Stärke parlamentarischer Macht in Fragen militärischer Gewaltanwendung (zum Zeitpunkt des Irakkriegs 2003)					
		<i>comprehensive</i>	<i>selective</i>	<i>deferred</i>	<i>basic</i>	<i>deficient</i>
	1	Den			POL	GBR
	2				ESP	
	3	LAT		CZK SLK		
	4	EST GER HUN ITA LIT			BEL NED POR	FRA GRE
5	AUT FIN LUX	IRE SWE				

- Wenn innerhalb der „demokratischen Gemeinschaft“ die militärische Suprematie der USA dafür sorgt, dass Kampftruppen von Verbündeten nur selten angefragt werden, dann ist der Effekt der Parlamentarisierung nicht signifikant.

Politikpraktische Beobachtungen zu den Panel-Papieren

1. Wenn wir jene demokratischen Staaten betrachten, die am häufigsten an Interventionen beteiligt sind, dann führen diese Interventionen überdurchschnittlich häufig zu Regimestabilisierung oder einer Verschlechterung des Polity-Score (negativer Vergesellschaftungseffekt demokratischer Interventionen).
2. De Mesquita und Downs 2006 argumentieren ferner für alle Demokratien, dass demokratische Gesellschaften, die Interventionen stützten, ungeduldig sind und deshalb die Kosten für eine „vollständige Demokratisierung scheuen“. Demokratisch verantwortliche Entscheidungsträger werden sich also mit Autokratien/Anokratien zufrieden geben, um ihre Wiederwahlchancen nicht zu gefährden (negative Effekte starker Parlamentarisierung).
3. Für die USA und andere Staaten, die stark auf PSC und RMA zurückgreifen, lässt sich vermuten, dass die von Ihnen geführten schnellen und preiswerten Interventionen einerseits eher scheitern und andererseits einen erhöhten Bedarf an Friedenskonsolidierung nach sich ziehen, deren Kosten regelmäßig von Verbündeten getragen wird.
4. Die abnehmende Zahl von inter- und innerstaatlichen Kriegen und das Wachstum asymmetrischer Konflikte (Terrorismus) wird durch ein Wachstum von Covert-Action Operationen begleitet werden. Diese sind weit weniger effektiv als „demokratische Kriege“ und weit weniger parlamentarisch reguliert.